

Sechzig Jahre eidgenössische Wohnbauförderung

Autor(en): **Nauer, Otto**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **58 (1983)**

Heft 9

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-105250>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sechzig Jahre eidgenössische Wohnbauförderung

Der überwiegende Teil unserer Bevölkerung wohnt in den Städten und deren Agglomerationen. Daher müssen der Wohnungsbau, der Städtebau, die Raumordnung und die Umweltgestaltung als ein Ganzes betrachtet werden. Die Einbettung des Wohnungsbaues in die Raumordnung und in die Umweltgestaltung wird längerfristig, so hoffen wir es, zu einer qualitativen Verbesserung der Wohnverhältnisse führen.

Ungelöst bleibt immer noch das Ungleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot. Nach wie vor ist es schwierig, in den Ballungsgebieten eine Wohnung zu finden, deren Mietzins in einem zumutbaren Verhältnis zum Einkommen steht.

Während Jahrzehnten hat unsere Verfassung die Wohnbauförderung als Bundesaufgabe nicht oder nur ungenügend abgedeckt. Ein Blick zurück zeigt aber, dass die Wohnbauförderung sich in mehr als sechzig Jahren zu einer vom Bund in bedeutendem Ausmass mitgetragenen Aufgabe entwickelt hat.

Schon von 1919 bis Ende der zwanziger Jahre stellte der Bund in sechs grössten Aktionen zur Linderung der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit grosse Beiträge zur Verfügung. Ende der zwanziger Jahre hielt der Bund seine Aufgabe für beendet. Die weiteren Massnahmen sollten den Kantonen und Gemeinden überlassen bleiben. Da jedoch die Kantone passiv blieben und die Wohnverhältnisse sowie die Wohnungsversorgung der unteren und mittleren Einkommenskreise nicht besser wurden, musste der Bund erneut sehr rasch neue Hilfe für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Die neuen Hilfen dienten auch der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Krisenjahren.

Während des Zweiten Weltkrieges bildete der Bundesratsbeschluss vom 15. Oktober 1941 die Grundlage für neue Massnahmen. Erstmals wurden die Kantone auch ermächtigt, das Kündigungsrecht zu beschränken und unbenützte Räume in Anspruch zu nehmen. Dies waren die Vorboten des heutigen Mieterschutzes.

Dem Beschluss von 1941 folgten 1945 und 1947 weitere Anschlussprogramme. 1950 herrschte vorerst die Meinung, dass der Wohnungsmarkt sich normalisieren werde. Dies hat sich sehr bald als nicht zutreffend erwiesen. 1955 stellte die da-

malige Eidgenössische Preiskontrollkommission fest, dass der Bund neue Förderungsmassnahmen in Aussicht nehmen sollte.

Ende 1957 bewilligten die eidgenössischen Räte einen Kredit von 125 Mio. Franken für eine neue Aktion. Damit sollte die Erstellung von 8000 bis 10000 neuen Wohnungen ausgelöst werden. Die Aktion wurde 1962 verlängert, ein Jahr später sogar erweitert. 1964 unterbreitete Bundesrat Schaffner eine neue Vorlage in Ergänzung und Ablösung früherer Beschlüsse, die als erweiterte Wohnbauförderung bis Anfang der siebziger Jahre Bestandteil der damaligen eidgenössischen Wohnungsmarktpolitik war.

Die Bundeshilfen setzten leider eine doppelt so hohe Leistung der Kantone voraus. Die meisten Kantone überwältigten einen Teil dieser Last auf die Gemeinden. Da sich – genau wie heute – viele Gemeinden dagegen sträubten, Beiträge an den Wohnungsbau zu leisten, wurden in manchen Kantonen keine, in anderen nur wenige Wohnungen mit Bundeshilfe erstellt.

Eine Neukonzeption der Wohnbauförderung durch den Bund drängte sich daher auf. Die Volksinitiative «Recht auf Wohnung» und die «Denner-Initiative» (Bildung eines Wohnbaufonds) taten das Ihrige. Es kam zur Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel 34sexies über die Förderung des Wohnungsbaus sowie des Erwerbes von Wohnungs- und Hauseigentum.

Rund zwei Drittel der Stimmbürger haben vor knapp zehn Jahren mit der Annahme des Verfassungsartikels dem Bund einen *dauernden* Auftrag zur Wohnbauförderung erteilt. Es erstaunt daher, dass im Rahmen der Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen ausgerechnet die Wohnbauförderungskompetenz an die Kantone übertragen werden soll.

Auffallend am Vorschlag zur Kantonalisierung ist, dass ungeachtet aller bisherigen negativen Erfahrungen vorwiegend föderalistische Erwägungen im Vordergrund stehen. Enttäuschend ist auch, dass die Vorlage dem Volk keine Möglichkeit gibt, auf den in der Bundesverfassung verankerten Auftrag einer Wohnbauförderung zurückzukommen. Das Volk soll nach dem Bundesrat nur über eine Bundeskompetenz zur Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet abstimmen dürfen. *Wenn es dazu ja sagt, setzt es automatisch die bestehende*

Kompetenz zur Wohnbauförderung in der übrigen Schweiz ausser Kraft.

Wie ein roter Faden zieht sich durch alle Aktionen seit 1919 hindurch, welche grosse Bedeutung einer Bundeshilfe im Wohnungsbau zukommt, sei es für den Wohnungsmarkt, sei es als Mittel gegen wirtschaftliche Einbrüche.

Mit der Eliminierung des Artikels 34sexies begäbe sich der Bundesrat jeglicher Möglichkeit, künftig den Wohnungsbau als Mittel gegen Arbeitslosigkeit einsetzen zu können.

Wirksame Massnahmen zur Verbesserung der für den Wohnungsbau äusserst ungünstigen Rahmenbedingungen sind in den wenigsten Kantonen erkennbar. Nur vereinzelt gibt es kantonale gesetzliche Grundlagen für eine Wohnbauförderung. Sie sind zudem durchwegs an die Voraussetzung gebunden, dass die Gemeinden mittels einer gleichwertigen Hilfe jene der Kantone auslösen. Es ist daher vorauszusehen, dass bei einem Verzicht auf die Wohnbauförderung durch den Bund die Spiesse für den preisgünstigen Wohnungsbau von Kanton zu Kanton, von Gemeinde zu Gemeinde ungleich lang werden.

Aus dieser Sorge heraus haben sich letztes Jahr 38 gesamtschweizerische Verbände, Institutionen und Parteien zu der «Aktionsgemeinschaft für eine wirksame Wohnbauhilfe» zusammenschlossen. Unser Verband ist an dieser Aktionsgemeinschaft federführend beteiligt. Sie vertritt im Gegensatz zum Bundesrat die Auffassung, dass der Wohnungsbau mehr denn je eine Aufgabe von nationaler Bedeutung ist.

Die Aktionsgemeinschaft allein genügt aber nicht. Es bedarf auch der Mitarbeit aller gemeinnützigen Bauträger. Wir alle sind aufgerufen, in unserer Gemeinde, in unserem Kanton mit den Parlamentariern das Gespräch zu suchen und die wachsenden Probleme in der Wohnwirtschaft darzulegen.

Ohne unseren vollen und gemeinsamen Einsatz für die weitere Beibehaltung der Wohnbauförderung auf Bundesebene fehlt das entscheidende Gewicht für eine erfolgreiche Bewusstseinsbildung. Ohne Wohnbauförderung durch den Bund jedoch wird der gemeinnützige Wohnungsbau vor kaum lösba- ren Aufgaben stehen.

